

Drittens und schließlich sind die Akten der jeweiligen Oberberg- und Bergämter, die vor allem als die für die Grubensicherheit zuständigen staatlichen Aufsichtsbehörden mit Fragen der Ausländerbeschäftigung in Berührung kamen, von besonderem Interesse. Für das saarländische Revier war bis zum Januar 1942 das Oberbergamt Bonn zuständig. Bis zu diesem Zeitpunkt blieb die Ausländerbeschäftigung an der Saar allerdings marginal. Die einschlägige Überlieferung des seit dem 1. Januar 1942 zuständigen Oberbergamtes Saarbrücken und der einzelnen saarländischen Bergämter beschränkt sich dagegen neben wenigem statistischen Material im Wesentlichen auf die Untersuchungen der Bergrevierbeamten über tödliche Betriebsunfälle von ausländischen Zwangsarbeitern. Außerdem sind im Bundesarchiv wenigstens die monatlichen wirtschaftlichen Lageberichte des Oberbergamtes Saarbrücken an das Reichswirtschaftsministerium erhalten.⁶ Die Akten des für den gesamten Ruhrbergbau zuständigen Oberbergamtes Dortmund sind durch Kriegseinwirkungen vollständig vernichtet worden, dagegen weisen einzelne westfälische Bergämter eine durchaus dichte Überlieferung auf.⁷

Einer kontrastiv vergleichenden Erforschung des Ruhr- und Saarbergbaus, deren Erkenntnisinteresse sich vor allem auf die spezifischen Einflüsse staatlichen Unternehmertums sowie einer Grenzlage auf das regionale Zwangsarbeitersystem richten müsste, sind also wegen der ungenügenden Überlieferung des Saarbergbaus enge Grenzen gesetzt. Der erste Teil dieses Beitrages beschränkt sich daher auf eine vergleichende Betrachtung der grundlegenden quantitativen Entwicklung der Ausländerbeschäftigung an Saar und Ruhr.

Weiter kommt man angesichts der Quellenprobleme m.E. hingegen, auch und gerade was den Saarbergbau betrifft, wenn man statt einer kontrastiven Sichtweise eine Perspektive wählt, die auf das Spezifische des Ausländer- und Zwangsarbeitereinsatzes im Steinkohlenbergbau zielt und dabei Ruhr- und Saarbergbau als jeweils besondere, aber auch sich ergänzende Beispiele betrachtet. Seit dem Frühjahr und Sommer 1942 unternahm die im Frühjahr des Vorjahres ins Leben gerufene Reichsvereinigung Kohle den Versuch, den nun massenhaften Einsatz von ungelernten ausländischen Arbeitskräften zu systematisieren, um damit einen positiven Effekt auf die dringend notwendige Erhöhung der Steinkohlenförderung zu erzielen. Ein Ausdruck dessen war die Einrichtung von so genannten "Bezirksausschüssen für Leistungssteigerung" in den großen Kohlenrevieren, die kurze Zeit später durch so genannte "Arbeitskreise für Leistungssteigerung" bei den einzelnen Bergwerksverwaltungen und durch so genannte "Leistungskameradschaften" ergänzt wurden. Diese Institu-

⁶ Vgl. dazu im Bundesarchiv Berlin (BAB) die Signatur R 7.467 Wirtschaftliche Lageberichte der Oberbergämter. Bd. 14: Saarbrücken, Januar 1942 bis November 1944.

⁷ Vgl. dazu Wilfried Reininghaus, Zwangsarbeit und Zwangsarbeiter in Westfalen. Quellen des Staatsarchivs Münster. Vortrag auf der wissenschaftlichen Tagung Entschädigung für die NS-Zwangsarbeit. Zum Umgang mit Quellen und Auskünften, Witten 28.1.2000, in: www.archive.nrw.de/dok/reininghaus01/.